

# Kraukauer Zeitung.

Nr. 31.

Donnerstag, den 7. Februar

1861.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, Vierteljährlicher Abonnementpreis: für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Zeile für 2 Nkr. — Inserat-Vorlagen und Gelber übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“.

V. Jahrgang.

nemontpreis: für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Zeile für 2 Nkr. — Inserat-Vorlagen und Gelber übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

### Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 26. Jänner d. J. dem mit dem Titel und Range eines Hofrathes angeordneten Prager Polizei-Direktor Anton Freiherrn von Baumann, in Ansehung eines wirklichen Hofrathes und den entsprechenden höheren Gehalts allergnädigst zu verleihen und ihm die Leitung der Polizei-Direktion in Kraukau zu übertragen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 26. Jänner d. J. den Polizeirath der Wiener Polizei-Direktion, Benzel Ullmann, zum Regierungsrathe und Polizeidirektor in Prag allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplom den zweiten Präsidenten des böhmischen Oberlandesgerichtes, János Ritter von Streit, als Ritter des Ordens der eisernen Krone zweiter Klasse, in den Freiherrenstand des Kaiserthums Oesterreich allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 1. Februar d. J. dem Bischof von Königgrätz, Karl Hanl, das Großkreuz des Franz Josephs-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem königlichen Rathe und Hofsekretär der königlich ungarischen Hofkanzlei, Karl Merey von Kapos-Mere, die k. k. Kammerwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 26. Jänner d. J. dem Ober-Votivfalter Inoffizien, Johann Druzky, für die mit Lebensgefahr bewirkte Rettung mehrerer Menschen aus den Flammen, das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Handschreiben vom 31. Jänner d. J. dem Agrar-Comitatus-Vorsitzenden, Johann von Bunjevac, aus Anlass der über sein Ansuchen erfolgten Verleihung in den bleibenden Ruhestand, in Anerkennung seiner vielfätigen, treuen und erspriesslichen Dienstleistung, sowie seiner jederzeit in hervorragender Weise bethätigten Loyalität tarfrei den Titel eines Hofrathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 20. Jänner d. J. den Hilfsämter-Direktions-Adjunkten beim Staatsministerium, Carl Laskai von Szilab zum Direktor der Registratur, den Rechnungs-Adjunkten der k. k. Kameral-Buchhaltung, Joseph Wapp von Waczedony, zum Direktor des Einreichungs-Protokolls und den Adjunkten bei der königlich siebenbürgischen Finanz-Procuratur, Ladislaus Korka de Gitt Szentivány, zum Direktor des Expedites bei der siebenbürgischen Hofkanzlei zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 30. Jänner d. J. die im § 3 des Allerhöchsten Urbarial-Patentes für Siebenbürgen vom 21. Juni 1854 (Reichs-Gesetzblatt Nr. 151) und im § 153 der Urbarial-Verordnungen für Siebenbürgen vom 27. Jänner 1858 (Reichs-Gesetzblatt Nr. 6) zur Beweiskführung über die Alodial- oder Urbarial-Eigenschaft der Gründe festgesetzte Frist bis Ende des Monats Juni 1862 zu verlängern geruht.

Das Finanzministerium hat die Wiederwahl des Anton Ritter von Wico zum Präsidenten und des Johann Hagenauer zum Vice-Präsidenten der Handels- und Gewerbeammer in Triest bestätigt.

### Nichtamtlicher Theil.

Kraukau, 7. Februar.

Die Thronrede der Königin Victoria bei der am 5. d. stattgefundenen Parlaments-Eröffnung enthält folgende die auswärtigen Verhältnisse betreffende Stellen. Die Beziehungen zu den fremden Mächten sind fortwährend freundschaftlich, befriedigend. Ich hoffe die Mäßigung der europäischen Mächte werde eine Unterbrechung des Friedens verhindern. Ereignisse von grosser Wichtigkeit haben sich in Italien zugetragen; indem ich glaube, man müsse die Italiener ihre eigenen Angelegenheiten selbst ordnen lassen, hielt ich es nicht für billig, eine thätige Intervention in dieser Frage auszuüben. Die betreffenden Papiere werden ihnen vorgelegt werden. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, um dem Sultan zeitweiligen militärischen Beistand zu dem Behufe zu gewähren, um die Ordnung in Syrien wieder herzustellen. Dieser Beistand wurde durch ein Korps französischer Truppen geleistet, welche als Repräsentanten der Mächte nach Syrien geschickt wurden. Der Sultan selbst hat ebenfalls eine bedeutende Streitmacht unter einem geschickten Officier nach Syrien gestellt. Ich hoffe die Ruhe in Syrien werde bald hergestellt und die Zwecke der Convention vollständig erreicht werden. Die Operationen der allirten Streitkräfte in China sind von Erfolg gekrönt worden. Während aller dieser Operationen und Verhandlungen haben die französischen und englischen Commandanten und Befehlshaber im freundschaftlichsten Einverständnis gewirkt. Der Zustand Indiens hat sich gebessert. Erste Differenzen haben zwischen den vereinigten Staaten von Nordamerika stattgefunden. Es ist mir unmöglich, nicht mit Sympathie auf Ereignisse zu blicken, welche auf das Glück eines mit meinen Unterthanen so eng verbundenen Volkes Einfluss nehmen. Ich wünsche, dass diese Differenzen in befriedigender Weise gelöst werden.

Die Rede der Königin kündigt sodann mehrere Gesetzesvorschlüge an, aber kein Reform-Project.

Zur deutsch-dänischen Frage schreibt ein Berliner Correspondent der „K. Z.“: „Der telegraphisch gemeldete Auszug des Artikels der Berlingschen Zeitung scheint das in der politischen Welt verbreitete Gerücht von bevorstehenden dänischen „Concessionen“, von welchen man ohnehin die bekannten zweifelhaften Erwartungen hegt, noch nicht zu bestätigen. Wohl aber bestätigt der Artikel, der von Bundes-Execution und dem deutschen Bunde spricht, dass gewisse Leute in Kopenhagen wirklich selbst in der Vorausicht einer Bundes-Execution von Blocade, Krieg u. s. w. träumen. Dass dies eine offene Verletzung der Verträge und des öffentlichen Rechts wäre, scheint die bezeichnete fanatische Partei nicht irre zu machen. Ob der Artikel der Berlingschen Zeitung nur einen diplomatischen Rückzug mit vielem Geräusch maskiren soll, worauf der eigenthümliche Schluss: „Krieg oder Unterhandlung“, hindeuten könnte, wird bald klar werden. Als positiv ist trotz aller Zweifel und Widersprüche anzusehen, dass die auswärtigen Mächte Dänemarks Haltung dem deutschen Bunde gegenüber nicht billigen, dass sie in Kopenhagen zur Nachgiebigkeit rathen, und dass sie eine in Folge der Bundes-Execution unternommene widerrechtliche Blokade nicht anerkennen werden.“ In Hamburger Blättern war kürzlich nach Berichten aus Kopenhagen dasselbe behauptet.

Alle neueren Nachrichten aus Kopenhagen, schreibt man der „Prager Ztg.“ aus Berlin vom 2. Februar, geben der Hoffnung auf eine schließliche, friedliche Verständigung Raum. Was Holstein betrifft, so sei die wesentliche Concession in bestimmter Aussicht, dass den holssteinischen Ständen eine frei beschließende Befugnis über alle Geldforderungen zu gemeinschaftlichen Zwecken bewilligt werden soll, die über das ein für allemal festzustellende (gegenwärtig sehr hohe) einem Votum der hollst. Stände also wenig Raum lassende Normalbudget hinausgehen. In Bezug auf Schleswig, meint der Corr. der sich förmlich zum Verteidiger Dänemarks macht, dürfe man nicht übersehen, dass hier der Regierung alle Concessionen durch die unabweisbaren Rücksichten auf ihre dänischen Unterthanen sehr erschwert werden. Aber auch in Berlin denke man an ein Einlenken. Man sei sich mehr und mehr klar darüber geworden, dass ein Einschreiten in Schleswig und Holstein von der demokratischen und gotbaischen Partei lediglich als ein Mittel zu anderen Zwecken gefordert wird und andererseits ist man durchaus nicht unempfindlich für die Eventualität der Wiederholung einer Blokade, welche schon einmal so schwere Lasten über das Land verhängt und welche man jetzt so wenig wie früher abzuwehren die Mittel hat. Mit einem Wort — man wird den Rechten Deutschlands und der Herzogthümer nichts vergewen, aber auch nicht unnötigerweise den Spannarbas spielen.

Der schweizerische Gesandte bei der sardinischen Regierung, Hr. Courte, ist wieder auf seinen Posten nach Turin zurückgekehrt, um, wie ein Berliner Corr. der „K. Z.“ meldet, dem Bundesrath directe Berichte über die nächste Entwicklung der italienischen Angelegenheiten zu erstatten. Herr Courte hat auch neue Instructionen über die tessinsche Bisthumsfrage mitgenommen. Eben so ist derselbe beauftragt, der Regierung Victor Emanuels Kenntniss von einer Maßregel zu geben, zu welcher der Bundesrath sich in Betreff derjenigen Savoyarden veranlasst sah, welche in Folge der Annexion ihrer Heimat an Frankreich sich geweigert haben, Bürger des letztern Staates zu werden. Der Annexions-Vertrag stellt denselben frei, sich innerhalb Jahresfrist darüber zu erklären, und da die Schweiz dabei interessirt ist, wenn sie nicht neue Fälle von Heimathlosigkeit riskiren will, so hat der Bundesrath die Cantone eingeladen, die betreffenden Angehörigen Piemonts zur Regulirung ihrer Stellung zu veranlassen.

Die Pariser „Union“ enthält folgende beachtenswerthe Sätze: „Ein einiges Italien ist eine Drohung für Frankreich; man darf nicht müde werden, es zu wiederholen. Wenn dieser neue Staat stark ist, wird er unser Feind, wenn schwach, der Vasall unserer Feinde sein; ob wir ihn furchtbar oder kraftlos sehen werden, wir werden ihn angreifen und bekämpfen müssen. Ein einiges Italien mit Hefen wie Venedig, Messina, Neapel, Livorno, Genua, mit Sicilien und Sardinien, wird, wenn nicht Herr des Mittelmeeres, doch wenigstens das Hindernis sein, welches uns eines Tages von Algerien, Griechenland, dem Orient, von allen unseren Einflüssen und Pflichten trennen wird. Andererseits bietet uns ein geheiltes Italien eine wertvolle und gefahrlose Nachbarschaft. Wir können die gegenseitige Freiheit des Königs von Neapel und des Kö-

nigs von Sardinien, der Lombardei und Venedigs, der Herzogthümer und Roms verbürgen, den Frieden und das Gleichgewicht dort aufrecht erhalten, ohne etwas von ihnen fürchten zu müssen. Stark genug, uns beizustehen, werden diese Staaten zu schwach sein, uns zu schaden.“ Auf diesem Wege gelangt die „Union“ schließliche zu der Erklärung: „Die Einheit Italiens würde eine furchtbare Breche der hundertjährigen Politik, sie würde die Vernichtung der dauerndsten Interessen Frankreichs sein.“

Das neuliche Gerücht von Garibaldi's Verschwinden von Caprea war, wie der „Independance belge“ geschrieben wird, dadurch entstanden, dass Garibaldi sich in der That von der Bigeninsel entfernt hatte, jedoch nur, um sich incognito nach Turin zu begeben, wo er eine mehrstündige Unterredung mit Victor Emanuel hatte. Ohne mit Jemand anderem in Turin verkehrt zu haben, begab er sich von da nach Genua, conferirte mit einigen seiner früheren Generale und kehrte sodann nach Caprea wieder zurück. (Siehe unten Italien.)

Im Widerspruch mit den Nachrichten aus Turin, welche von der Nachgiebigkeit Garibaldi's, von der Berichtigung seiner Kriegspläne sprechen, steht die Mitteilung eines Pariser Correspondenten der „K. Z.“, nach welcher verschiedene Garibaldi'sche Officiere und Unterofficiere französischer Nation, die sich seit einiger Zeit in Paris auf Urlaub aufhielten, dieser Tage aufgefordert worden sind, sich spätestens bis zum 15. Februar bei ihren betreffenden Freicorps einzustellen.

Die Königin von Spanien hat Franz II. das Großband des Ordens Karls III. verliehen.

Das Nachrichten der „Allg. Ztg.“, der österreichische General Graf Coudenhove, Ueberbringer der Maria Theresia-Ordens für den König von Neapel und seine Brüder, sei in Paris angekommen, um sich von der französischen Regierung ein Staatschiff nach Gaeta zu erbitten, ist nach der „Don. Ztg.“ unrichtig. Erkundigungen nach ist von einem Austrag zu leggedachten Zwecke dahier Nichts bekannt.

Wie man dem Monsieur de l'Armee von James Town schreibt, sind seit einem Monat Truppen aller Waffengattungen von London in St. Helena eingetroffen, um an den Befestigungen dieser Insel zu arbeiten und die Besatzung auf derselben zu verstärken. Die neuen Werke, welche die englische Regierung auf St. Helena aufzuführen lässt, scheinen sehr bedeutend zu werden. Die von Frankreich unternommenen Arbeiten, die Herstellung der Wohnung und des Grabes Napoleon's I. betreffend, sind nun ganz vollendet, und die mit der Leitung dieser Arbeiten beauftragten Genie-Officiere nach Frankreich abgereist. Hr. Gauthier von Rougemont, Conservator und Hüter der Wohnung und des Grabes des Kaisers, bleibt auf seinem Posten in St. Helena.

Die letzten nach Paris gelangten Depeschen des Generals von Montauban melden, dass der Abzug der französischen Truppen aus Shanghai gefährlich für die europäischen Einwohner dieser Stadt werden könnte, da die Rebellen sich der umliegenden Gegend bemächtigt haben.

### Kraukau, 7. Febr.

Die Generalversammlung der Mitglieder der Kraukauer Agronomischen Gesellschaft inaugurierte am Montag ein von Sr. Hochw. Kathedralcanonikus und Prälat P. Rozwadowski celebrirter Gottesdienst in der St. Johanniskirche. Nach Begrüßung der zahlreich im Saale des Sächsischen Hotels versammelten Mitglieder und Delegaten der Galizischen, Warschauer, Wiener, Böhmisches, Mährischen und Kroatischen Landwirtschafts-Vereine erklärte der bisherige Präses Oberst Michael Baden, welcher dem hiesigen Vereine durch zwei Triennien ehrenvoll vorgestanden, dass sein vorgerücktes Alter und Gesundheitszustand ihn zur Niederlegung seines Amtes nöthigen. Die Vermehrung der Mitglieder, der Anwuchs der Fonds und der vergrößerte Wirkungsbereich lassen den Bestand des Vereins als höchst günstig erscheinen. Das vergangene Jahr weist als die wichtigsten Resultate der erhöhten Wirksamkeit die Gründung der immer mehr ausblühenden Agronomischen Schule in Czernichow, die Organisirung stehender Correspondenten und die Kraukauer Exposition. Den Anträgen der Generale Zuksti und Krusowskiki, in Anerkennung seiner verdienstvollen Thätigkeit den bisherigen Präses zum Ehrenmitglied der Gesellschaft und zum lebenslänglichen Curator der von ihm in's Leben gerufenen Czernichower Schule zu ernennen, wurde mit Acclamation beigegeben. Das Amendement des Kastellans Franz Wezyl einer lebenslänglichen Ehrenpräsidenschaft befeigte die ablehnende Erklärung des Präses selbst. Zu Ehrenmitgliedern wurden ebenfalls durch Acclamation erwählt: der frühere Prof. der Jagd-Universität und Schriftsteller Anton Zygmunt Helcel, der Curator der Maciag'schen Stiftung Franz Smolka und Graf Karl Zaj. Außer anderen im Programme vorgesehenen Thätigkeiten wurde die Wahl der Comitésmitglieder und Vorstände in den einzelnen Sectionen für Ackerbau, Inventar u. c. vorgenommen. In der ebenfalls am 4. d. abgehaltenen Sitzung der allgemeinen Section, welcher Hr. Leon Sokaszewski präsidirte und als Comitésdelegaten Graf Heinrich Wodzicki und Hr. Paszkowski zugetheilt waren, wurde nach einer lebhaften die Sache vielseitig erörternden und motivirenden Diskussion der Antrag des Comitésmitgliedes Sr. Hochw. P. E. Górnicki: „die Gesellschaft möge einen besonderen Fonds für alljährlichen Unterhalt von vier jungen Landeuten in der Agronomischen Schule in Czernichow aussetzen“ mit ansehnlicher Majorität angenommen. Gleichfalls nach längerer Discussion fand einstimmige Annahme die Motion Dr. Starke's hinsichtlich der Einrichtung von Landesfischen, welche allgemein sonst in der Monarchie bereits gestattet, nach einzuholender Bewilligung von Seiten der Regierung, alle sozialen Elemente, namentlich das Landvolk zu umschließen hätten, modificirt durch den Antrag H. Szroczyński, die betreffende Eingabe ungesäumt unter Berufung auf die demnächst zu redigirenden Statuten an die Regierung abzuschicken. Schließliche wurde auf den durch Discussion modificirten Antrag des Hrn. Ludwig Szumanczowski beschlossene, für die künftigen landwirtschaftlich-industriellen Ausstellungen in Kraukau den bis jetzt benutzten in jeder Beziehung zweckentsprechenden sogenannten „Englischen“ Garten anzukaufen, sobald die Eigenthümerin Fr. Bystrzonowska annehmbarere Bedingungen stellt, das Comite zum Abschluss eines Contractes zu ermächtigen und den Kaufpreis allmählig aus eigenen Einkünften zu tilgen. Zu Affessoren der nächsten Sitzung berief der Präsidirende die H. H. Stan. Mieroszewski und R. Rogawski.

### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 6. Febr. Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 26. Jänner d. J. allergnädigst anzuordnen geruht, dass die Zöglinge der beiden k. k. Akademien der bildenden Künste zu Wien und Venedig, welche nachweisen, dass sie bei tadellosem sittlichen Betragen eines ersten Preises würdig erkannt, oder dass sie auf Staatsposten in das Ausland auf Reisen gesendet worden sind, im Falle ihrer Stellung zum Heere sofort beurlaubt werden und so lange beurlaubt bleiben dürfen, als sie sich der Kunst wirklich widmen.

Se. k. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Ludwig haben dem Kreuzer-Vereine zur Unterstützung von Wiener Gewerbeleuten nachträglich für das Jahr 1860 den Betrag von 50 fl. gespendet.

Ueber die gestern erwähnten wichtigen Veränderungen im k. k. Cabinet schreibt die „Donau Ztg.“: Wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir annehmen, dieselben seien erfolgt, weil es sich in diesem Augenblicke des Ueberganges wesentlich darum handelte, im Gesamtministerium das Element der vollkommenen Unbefangenheit und Objectivität zu stärken. Es gilt, gewaltige Gegensätze, politische und nationale, verführend auszugleichen, der Zukunft dieses Reiches feste Grundlagen zu verleihen, und Acte vorzubereiten, zu denen der Anstoß nur von oben ausgehen kann. Dem Bedürfnisse einer solchen Zeit ist die in Rede stehende Combination entsprechend. Was die großen Strömungen der innern Politik Oesterreichs betrifft, so scheint der Hr. Staatsminister aufersehen sich vorzugsweise damit zu beschäftigen, und wenn wir einen Blick auf die Namen fallen lassen, die ihn bei seiner Aufgabe, beziehungsweise bei der Durchführung der in seinem Rundschreiben entwickelten Grundsätze zu unterstützen berufen sind, so finden wir in ihnen die zuverlässigste Bürgschaft, dass alle die berechtigten Hoffnungen der Völker Oesterreichs eine umfassende Erfüllung finden werden.

Das neue Protestantengesetz für die deutsch-slavischen Provinzen ist, wie die „Dest. Ztg.“ wissen will, im Ministerrathe bereits durchgegangen und der Allerhöchsten Sanction unterbreitet worden, um im Laufe der nächsten Tage publicirt zu werden. Dasselbe ist, wie es heißt, auf Grundlage des für die Protestanten in Ungarn erlassenen Patentes ausgearbeitet und gewährt der protestantischen Kirche die volle Autonomie ihrer Cultusangelegenheiten. In Betreff der gemischten Eben, soll es jedoch vorläufig noch bei den





